

Kein Bedarf nach Index-Debatte

Gewerkschaftspräsident Reding lehnt eine Modulierung der Lohnanpassung weiterhin ab

VON JOELLE MERGES

An der Index-Frage ist die Frühjahrstripartite gescheitert, an der Herbsttripartite könnte sich auch die Zähne ausbeissen. Einer möglichen Indexmodulierung will der OGBL weiterhin nicht zustimmen. „Derzeit besteht dazu keine Notwendigkeit“, erklärte Gewerkschaftspräsident Jean-Claude Reding gestern.

Fast zwei Monate sind seit dem Abbruch der Tripartite-Gespräche vergangen, doch zur inneren Einkehr scheinen die Sozialpartner die vergangenen Wochen nicht genutzt zu haben. „Ich verstehe die ganze Debatte nicht“, erklärte Präsident Jean-Claude Reding gestern nach der Sitzung des OGBL-Nationalvorstands. Zwar erfallt demnächst eine Indextranche. Doch eine Teuerungsrate um die 2,4 Prozent stelle nicht wirklich ein Problem für die hiesige Wirtschaft dar. Das Argument des Premierministers, die derzeitige Index-Gestaltung sei sozial unausgewogen, ist in den Augen des Gewerkschaftschefs „demagogisch“ und „unwahr“.

Den vorgeschlagenen sozialen Index hält Reding daher für „asozial“, und für eine Modulierung des Index-Warenkorbs gebe es derzeit keinen Bedarf. Mit sich reden lassen will Reding aber, wenn es um Anpassungen an der Warenkorb-Verordnung geht. Doch dafür müsse man nicht eigene Tripartite einberufen, gab der OGBL-Vorsitzende zu bedenken.

Die Herbsttripartite steht demnach unter wahrlich schlechten Vorzeichen, und sollte die Dreierrunde erneut scheitern, dann wäre die Schuld nicht bei den Arbeitnehmern, sondern eher bei den



Auf Konfrontationskurs: Die Verantwortlichen der UEL (Pierre Bley und Michel Wurth) und des OGBL (Jean-Claude Reding und André Roeltgen, v. l.) haben sich derzeit wenig zu sagen.

(FOTO: GERRY HUBERTY)

Arbeitgebern zu suchen. Kein Verständnis hat Jean-Claude Reding etwa für die Argumente des Handwerkerverbands, der Index schade der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Wer die Kaufkraft der Bevölkerung beschneide, brauche sich nicht zu wundern, dass den Unternehmen die notwendigen Aufträge ausblieben. Und dass ein Aussetzen der automatischen Lohnanpassung an die Preisentwicklung die Tarifverhandlungen in den Betrieben verschärfe, trage auch nicht gerade zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bei. Als Beleg dafür, wie vergiftet die Stimmung zwischen den Sozialpartnern ist, führte Reding den Wirtschafts- und Sozialrat an.

Ihre Teilhabe an diesem Gremium habe die UEL bis auf weiteres ausgesetzt, weil man angeblich nicht mit dem Diskussionsverlauf einverstanden sei. Doch eine einzige Wahrheit nach dem Geschmack der Arbeitgeber könne es nun einmal nicht geben. Sonst sei jegliche Diskussion hinfällig, so Reding.

Ein „wirtschaftlich schädliches Austeritätsprogramm“

Was nun den Fortgang der Tripartiteverhandlungen angeht, so täten Regierung und Patronat besser, die tatsächlichen Probleme der Binnenwirtschaft anzugehen, statt sich auf die Index-Debatte zu versteifen, rät der OGBL-Vorsitzende. Der Regierung empfahl Reding

denn auch noch, unbedingt Änderungen an ihrem „Austeritätsprogramm“ vorzunehmen, das sozial unausgewogen und schädlich für die konjunkturelle Entwicklung sei. Die Sparpakete, die derzeit quer durch die EU verabschiedet werden, könnten den zarten Aufschwung nämlich wieder im Keim ersticken. Die Folge davon wäre eine europaweite Rezession, vor der die Gewerkschaften nur warnen können, was sie unter anderem am 29. September in Brüssel tun werden. Dann tagen dort auch die EU-Finanzminister, und dann will der OGBL „Herrn Frieden zu Ohren bringen, was die luxemburgischen Arbeitnehmer von seinem Sparprogramm halten“, so Reding.